# Die Schuld der anderen

In letzter Minute musste die WestLB vom Staat gerettet werden. Ihren langjährigen Niedergang hat auch ein Vertreter der Sparkassen im Aufsichtsrat zu verantworten.

Rolf Gerlach, 56, lehnte seinen massigen Körper kampflustig nach vorn. „Wir können nicht mehr geben“, sagte der Präsident des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe am vorvergangenen Sonntag immer wieder in den Verhandlungen um die Zukunft der WestLB.

Die meisten Verhandlungspartner vom Bankenrettungsfonds Soffin, der Bundesregierung und dem Land Nordrhein-Westfalen kennen den rauflustigen Stil des Westfalen. Schließlich mussten schon öfter Milliardenpakete organisiert werden, um die marode Landesbank aus Düsseldorf zu retten. Die WestLB sei „eine systemische Bank, die kann die Finanzaufsicht gar nicht dichtmachen“, antwortete Gerlach dem einzig Neuen in der Runde, Bundesfinanzstaatssekretär Steffen Kampeter, als der auf den Ernst der Lage hinwies.

Ganz offen, erinnert sich einer der Teilnehmer, drohte Gerlach mit einem Moratorium bei der WestLB. Es war eine dramatische Nervenpartie. „Es ist fünf nach zwölf. Haben Sie das nicht gemerkt?“, fragte Nordrhein-Westfalens Finanzminister Helmut Linssen den Sparkassenpräsidenten, der die Verantwortung der Sparkassen – immerhin der 50-Prozent-Eigentümer – für die Risiken der Vergangenheit kleinreden wollte.

Doch diesmal hatte der Westfale überzogen. Heinrich Haasis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, griff in die Verhandlungen ein und forderte eine Einigung. „Den Imageverlust halten wir nicht durch“, soll er den Teilnehmern an den Verhandlungen erklärt haben.

So wurde am Dienstagabend in Berlin ein Deal verkündet, der für die Sparkassen und für den Steuerzahler richtig teuer wird. Die WestLB gründet eine Bad Bank, in der sie ihre toxischen Papiere und nicht mehr benötigte Aktiva im Wert von 85 Milliarden Euro auslagert. Die nordrhein-westfälischen Sparkassen garantieren für künftige Verluste der Bad Bank in Höhe von insgesamt 5,5 Milliarden Euro, das Land Nordrhein-Westfalen haftet mit 8,5 Milliarden.

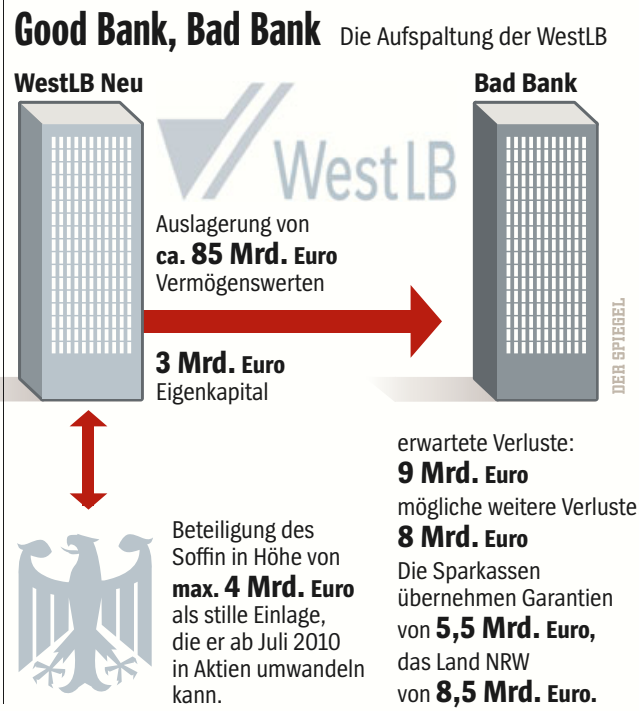
Weil die Sparkassen mit ihren Chefs Gerlach und Michael Breuer vom Rheinischen Sparkassen- und Giroverband diese Last nicht stemmen können, haben sie 25 Jahre Zeit, das Geld aufzubringen. Sollte der Zahlungsstrom die tatsächlichen Verluste nicht decken, streckt das Land als Miteigentümer den fälligen Betrag vor.

Die neue WestLB wird von der Bundesregierung mit einer stillen Einlage von bis zu vier Milliarden Euro ausgestattet. „Es ging hier darum, einen Kollaps des deutschen Sparkassensektors zu verhindern“, rechtfertigt ein hochrangiger Politiker den erstmaligen Einstieg des Bundes bei einer Landesbank. Der Umweg über eine stille Einlage wurde gewählt, weil eine Kapitalerhöhung eine ehrliche Neubewertung der Bank erforderlich machen würde – mit dramatischen Folgen für die Sparkassen. Bei denen steht die WestLB noch mit 2,4 Milliarden Euro in den Büchern, die nötigen Abschreibungen hätten sie überfordert.

Am liebsten wären die Sparkassen nun ganz aus der WestLB ausgestiegen. Gerlach bot dem Staat auch den 25-Prozent-Anteil an, den die Sparkassen nach dem Einstieg des Bundes als Aktionär künftig halten werden. Er und sein Kollege Breuer wollten als Gegenleistung nur die Anteile der WestLB an dem Fondsdienstleister Deka und der kleinen Readybank, die mit etwa 500 Millionen Euro bewertet werden. Die Sparkassen stellten ein fünfjähriges Partnerschaftsabkommen mit der WestLB in Aussicht. Doch der Bund lehnte ab.

UTE GRABOWSKY

**Sparkassen-Chef Haasis, Ministerpräsident Rüttgers**
*„Den Imageverlust halten wir nicht durch“*




14 Jahre lang hat Gerlach im Aufsichtsrat den Niedergang der WestLB begleitet. Stets waren die anderen schuld, wenn es darum ging, ein neues Milliardenloch bei der Düsseldorfer Skandalbank zu vermessen. Gern wechselte der Sparkassenfürst aus Münster, zwischen 2004 und 2008 Aufsichtsratsvorsitzender der Bank, die Vorstandsvorsitzenden oder gleich den ganzen Vorstand aus. Er selbst hatte nichts gesehen, nichts getan, er gab die etwas grobe Unschuld vom Lande.

„Die Gesellschafter haben der Bank peu à peu die Geschäftsgrundlage entzogen“, sagt Ludwig Poullain. Der mittlerweile 89-jährige ehemalige Vorstandsvorsitzende der WestLB und nach wie vor hochgeschätzte Doyen der Finanzwirtschaft an Rhein und Ruhr hatte sich vor ein paar Monaten bei Gerlach noch einmal als Vorstandsvorsitzender beworben, als wieder mal ein WestLB-Chef von der Fahne ging. Natürlich sei die Bewerbung Satire gewesen, meint der alte Herr.

Zu Poullains Zeiten war die WestLB eines der dominierenden deutschen Kreditinstitute. Doch ihre

# Ein Gift als Medikament

Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen will die Regierung die Gefahr einer Kreditklemme bannen.

In der Regierung und in den oberen Etagen der Wirtschaft geht die Angst um, der beginnende Aufschwung könnte in Gefahr geraten, weil sich die Unternehmen nicht genügend Geld von den Banken leihen können, um ihre Investitionen zu finanzieren. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt warnte vor der „Gefahr einer breiten Kreditklemme für große Teile der deutschen Wirtschaft“.

Noch klagen Unternehmen erst vereinzelt, dass sie kein Geld mehr von den Banken bekommen. Doch die Situation könnte sich ausgerechnet im Aufschwung verschärfen.

Drei Ursachen sind verantwortlich für die drohende Kreditverknappung: Die angeschlagenen Banken schrecken noch immer davor zurück, neue Risiken einzugehen. Gleichzeitig verlieren Unternehmen an Kreditwürdigkeit, weil die Rezession tiefe Spuren in ihren Bilanzen hinterlässt. Und schließlich benötigen immer mehr Firmen im beginnenden Aufschwung frisches Geld, um ihr Neugeschäft zu finanzieren.

FRANK DARCHINGER

**Frankfurter Bankenviertel:** *Risiken abnehmen*

Beim Krisentreffen mit Wirtschaftsvertretern Mitte dieser Woche will Kanzlerin Angela Merkel (CDU) das Thema Kreditklemme aufgreifen und eine Reihe von Prüfauftragen erteilen. Tatsächlich sind die Überlegungen schon weit gediehen.

Spektakulärste Maßnahme ist ein neues Programm, mit dem die Regierung den Banken in großem Stil Risiken abnimmt. Die Planungen sehen vor, dass der Bund den Instituten Forderungen im Umfang von zehn Milliarden Euro abkauft und diese verbürgt. Das Geld soll aus dem Deutschlandsfonds kommen, mit dem die Bundesregierung strauchelnden Unternehmen durch die Wirtschaftskrise hilft.

Mit dem Erlös, so das Kalkül, könnten die Banken neue Kredite an die Wirtschaft unterfüttern. So ließe sich ein Kreditvolumen von über hundert Milliarden Euro schöpfen, rechneten Regierungsexperten aus.

Zugleich soll die staatseigene Förderbank KfW Käufer für die Kreditrisiken suchen und so den erstarrten Markt für den Kauf und Verkauf von Kreditrisiken wieder in Gang bringen. Dieser Handel kann durchaus sinnvoll sein, wenn er dazu beiträgt, dass die Banken Mittel frei bekommen für neue Kredite. Er war aber auch Auslöser der Finanzkrise. Die Regierungsexperten wollen als Medikament also ein Gift verabreichen, das die Krankheit mitverursacht hat. Das Verfahren, Risiken zu bündeln und zu handeln, heißt Verbriefung. Diese Vokabel gilt nach der Krise als kontaminiert. Die Beamten nennen ihre Rettungsmaßnahme deshalb „Portfoliogarantie“.

Weniger problematisch ist der Vorschlag, sogenannte Globaldarlehen an Banken auszureichen. Den Banken wird Staatsgeld, im Gespräch sind zehn Milliarden Euro, zur Verfügung gestellt, das sie als Kredite an Unternehmen weiterreichen sollen. Ein solches Programm besteht bereits, doch es ist schon weitgehend ausgeschöpft. Bei dem neuen Vorhaben will der Bund zudem weitgehend die Haftung für das Ausfallrisiko übernehmen, damit die Banken die Mittel freigiebiger verteilen.

Wenn die Banken dann immer noch mit Krediten knausern, soll ein staatlicher Kreditmediator einschreiten. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) hat bereits einen Kandidaten für das neue Amt gefunden: Hans-Joachim Metternich, Chef der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz, einen alten Spezi aus gemeinsamen Tagen in Mainz.

CHRISTIAN REIERMANN

Anteilseigner, die Sparkassen, wollten selbst groß sein und verboten ihrer Landesbank das Geschäft mit den Privatkunden. 2002 kaufte Gerlach der WestLB für einen günstigen Preis deren Anteile an der Westfälischen Provinzial und der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse ab.

Im Sommer 2007 wollten die Sparkassen einen Zusammenschluss der Landesbank Baden-Württemberg und der WestLB – als Nukleus für eine konsolidierte Landesbankenszene. Der damalige LBBW-Chef Siegfried Jaschinski wäre Chef geworden, Gerlach Aufsichtsratschef. Doch einer war den Plänen im Weg: Thomas Fischer, der damalige Chef der WestLB.

Praktischerweise stolperte Fischer bald über Unregelmäßigkeiten im Eigenhandel der WestLB. Zwei ehemalige Vorstände der WestLB behaupten, dass sie Gerlach als Aufsichtsratschef am 24. November 2006 über diese Risiken unterrichtet hätten, was dieser bestreitet.

Auf Fischer folgte der Ex-HSH-Nordbank-Chef Alexander Stuhlmann. Gerlach hatte ihn geholt. Bei seinem Antrittsbesuch bei Ministerpräsident Jürgen Rüttgers bemerkte Stuhlmann, er werde die WestLB auftragsgemäß mit der LBBW zusammenführen. Rüttgers war verdutzt. Er fragte den Banker, wer ihm denn diesen Auftrag erteilt habe – und Stuhlmann antwortete: „Na, Gerlach“.

Rüttgers aber hatte schon lange den Verdacht, dass Gerlach hinter seinem Rücken eigene Interessen verfolgte. „Es kamen immer wieder kryptische Anfragen, weil sich Gerlach gegenüber Kunden, Interessenten und selbst Rating-Agenturen offenbar negativ über die Bank geäußert hatte“, berichtet ein Insider aus der Landesregierung.

Das Land beauftragte damals die Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer mit einem Rechtsgutachten über das Verhalten Gerlachs. Die Juristen kamen zu dem Ergebnis, dass „ein wichtiger Grund“ für eine Abberufung als Aufsichtsrat „zu bejahen“ sei. Sie werfen Gerlach vor allem vor, dass dessen Rechtsberater den Aufsichtsrat am 12. November 2007 falsch informierte. Dieser hatte behauptet, der Ex-Risikovorstand Matthijs van den Adel habe seine Aussage widerrufen, wonach er Gerlach über die Risiken der umstrittenen Eigenhandelsgeschäfte informiert habe. „Der Vorgang ist aus meiner Sicht – vorsichtig gesagt – sehr unschön“, schrieb Siegfried Luther, Ex-Finanzvorstand bei Bertelsmann und Aufsichtsratsmitglied der WestLB, an NRW-Finanzminister Linssen.

Schließlich musste Gerlach Ende 2007 als Aufsichtsratsvorsitzender zurücktreten. Ihn ganz aus dem Gremium zu vertreiben scheiterte am Widerstand der Sparkassen.

Gerlach konnte weitermachen. Doch dass die WestLB für die Sparkassen richtig teuer wird, konnte er nicht verhindern.

FRANK DOHMEN, CHRISTOPH PAULY, WOLFGANG REUTER